

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.7/8 - 62. Jahrgang

31. März 2012

125. Geburtstag von Louise Schroeder



Vor 125 Jahren, am 2. April 1887 wurde Louise Schroeder, die amtierende Oberbürgermeisterin der Jahre 1947 und 1948, geboren. ‚Mutter Berlins‘ nannten sie die Berlinerinnen und Berliner.

Louise Schroeder setzte sich mit all ihrer Kraft für die Freiheit der Stadt ein und kämpfte leidenschaftlich für die notleidenden Menschen im Nachkriegs-Berlin. Ihr zupackendes und selbstloses Wirken für die Stadt hat die Menschen ermutigt und die Berliner Sozialdemokratie nachhaltig geprägt. „Die erste und bislang einzige Frau an der Spitze unserer Stadt verkörperte in idealer Weise die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, so der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.

Als Kind einer Arbeiterfamilie in Altona geboren, begleitete sie ihren Vater früh auf SPD-Versammlungen. 1910 trat sie selbst ein. 1919 war sie eine der ersten weiblichen Abgeordneten in der Nationalversammlung, bis 1933 war sie Mitglied des Reichstags, engagiert vor allem in der Sozialpolitik. Sie wirkte u.a. an der Mitversicherung der Familie in der gesetzlichen Krankenversicherung mit. Am 4. Juni 1957 starb sie in Berlin. Als ein Trauerkorsio ihren Leichnam anschließend über die Transitstrecke nach Hamburg brachte, trauerten Tausende am Straßenrand. **BS □**

Mitgliederforum:

„Den Angriffen begegnen“

SPD für konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus

Als „Angriff auf die Demokratie“ bezeichnete die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl auf dem Mitgliederforum der Berliner SPD am Dienstag die Morde der rechtsextremistischen NSU. Neben der notwendigen Aufklärung von Versäumnissen muss jetzt nach Ansicht des SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller vor allem das Klima bekämpft werden, in dem solche Taten möglich wurden.

Schnelle Antworten gebe es nicht, darin waren sich die vier Teilnehmer auf dem Podium einig. Eva Högl, Michael Müller, Ex-Innensenator Ehrhart Körting und die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill unterstrichen zwar die Forderung nach einem NPD-Verbot, weil damit, so Körting, Strukturen zerschlagen würden und die staatliche Parteienfinanzierung entfalle. Rechtsextremes Denken und Handeln sei damit jedoch nicht beseitigt. „Wir müssen die Köpfe der Menschen erreichen“, sagte Körting.

Rund 20.000 Akten wird der Untersuchungsausschuss des Bundestags zu sich-



Mitgliederforum der Berliner SPD mit Eva Högl, Ehrhart Körting, Ülker Radziwill und Michael Müller. Foto: Horb

ten haben, der die Arbeit der Ermittlungsbehörden in den Mordfällen untersuchen soll. Eva Högl ist Sprecherin der SPD-Fraktion in diesem Ausschuss. Ehrhart Körting gehört einer Bund-Länder-Expertenkommission an, die sich insbesondere mit der Arbeit der Verfassungsschutzämter befassen wird. Beide Gremien arbeiten eng zusammen, um mögliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden zu prüfen.

Fortsetzung Seite 3

Fachkräfte für morgen

Senatorin Dilek Kolat startete Ausbildungstour

In den nächsten sechs Wochen besucht die Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen Dilek Kolat Berliner Unternehmen, die sich in besonderem Maße im Bereich Berufsausbildung und Nachwuchsgewinnung engagieren und Jugendlichen damit Perspektiven bieten. Die Ausbildungstour startete jetzt mit Besuchen bei Vivantes und der Siemens AG.

Dilek Kolat: „Möglichst vielen jungen Menschen eine berufliche Ausbildung zu bieten – das hat einen zentralen Stellenwert im doppelten Sinne. Eine Ausbildung ist einerseits die notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Sie legt das Fundament für

dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit. Andererseits sichern gut ausgebildete Frauen und Männer den Fachkräftebedarf in Ge-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
WIR WÜNSCHEN IHNEN FROHE FESTTAGE.
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT AM 21. APRIL 2012.
IHRE REDAKTION

genwart und Zukunft.“ Arbeitssenatorin Dilek Kolat appellierte an die Unternehmen der Stadt, mehr auszubilden. „Insbesondere Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen brauchen eine Chance, in Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu kommen.“ **BS □**



Equal Pay Day in Berlin: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit forderten Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion auf dem Potsdamer Platz (Foto l.). Unter dem Motto „Wir wollen im Frauenportemonnaie genau so viel Geld wie in der Männerbrieftasche“ wurden Postkarten und kleine Geldbeutel verteilt. Mitglieder der ASF und der Bundestagsfraktion beteiligten sich an den Aktionen am Brendenburger Tor. Fotos: Stäuble/Hartleib



POLITIK PERSÖNLICH



Egon Bahr freute sich zum 90. Geburtstag auch über die herzlichsten Glückwünsche der Abteilung 9/5 Grunewald und des Kreises Charlottenburg-Wilmersdorf, die Silvia Pioch (l) und Anne Hansen (r) überbrachten. Egon Bahr begrüßte die kleine Delegation herzlich und nahm sich für ein kurzes Gespräch und ein Bild Zeit - dann musste er weiter zu einem Termin im Willy-Brandt-Haus. **Foto: Manfred Lehmann**

Alex Lubawinski, Pankower SPD-Abgeordneter, ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Pankows Bezirksbürgermeister Matthias Köhne überreichte den Verdienstorden am 21. März im Rathaus Pankow im Auftrag des Bundespräsidenten. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Rased Saleh, gratulierte Lubawinski nach der Veranstaltung: „Ich freue mich sehr mit Alex Lubawinski. Er hat mit seinem beruflichen und seinem ehrenamtlichen Engagement viel für den sozialen Zusammenhalt geleistet“, betonte Saleh. Alex Lubawinski hat insbesondere durch seine deutsch-polnische Begegnungsarbeit dazu beigetragen, dass mit der polnischen Partnerstadt Kolberg ein reger freundschaftlicher Austausch stattfindet.

Hans Nisblé wurde als Landesvorsitzender der Berliner AWO wiedergewählt. Stellvertreter sind **Rainer Rheinsberg, Heidemarie Fischer, Christa Kranz, Swen Schulz und Kirsten Flesch.** **BS □**

Leben retten

Neue Regelung zu Organspenden

Die Nierenspende von Frank-Walter Steinmeier an seine Frau 2010 hat die politischen Debatten zur Förderung der Organbereitschaft erneut ins Rollen gebracht. Derzeit stehen 12.000 Menschen auf den Wartelisten für eine Organspende. Jeden Tag sterben drei Menschen, weil zwar rund 75 Prozent der Bevölkerung eine hohe Bereitschaft zur Organspende bekunden, aber nur 25 Prozent dokumentieren diesen Willen. Die Last der Entscheidung wird im Todesfall den Angehörigen aufgebürdet. Folge: Nur 7 Prozent der Bürgerinnen und Bürger spenden nach ihrem Tode Organe.

Im Augenblick gilt noch die sogenannte erweiterte Zustimmungslösung. Eine Organentnahme ist nur mit Einwilligung des Spenders oder der Spenderin selbst zulässig. Sofern diese nicht vorliegt bedarf es nach der Feststellung des Hirntodes der Einwilligung der nächsten Angehörigen. Diese Regelung hat zu keiner zufriedenstellenden Erhöhung des dokumentierten SpenderInnenwillens geführt.

VON DER ZUSTIMMUNGSGEHT ZUR ENTSCHEIDUNGSLÖSUNG

Um die Spendenbereitschaft zu erhöhen, wurde als fraktionsübergreifender Kompromiss die „Entscheidungslösung“ gefunden. Diese ist in dem von 222 Abgeordneten - davon mehr als 130 SozialdemokratInnen - getragenen Gruppenantrag „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz“ (Drs. 17/9030) am 22. März in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Wir wollen keine Einschränkung in die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Individuums, sich zu erklären. Es sollen aber mehr Menschen ermuntert werden zu erklären, dass sie nach ihrem Tode ihre Organe spen-

den. Nur so erhalten andere die Chance auf ein lebensrettendes Organ. Ebenfalls eingebracht wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Transplantationsgesetzes (Drs. 17/7376). Hiermit wird eine Richtlinie des Europäischen Parlaments zur Festlegung einheitlicher EU-Qualitäts- und Sicherheitsstandards in deutsches Recht umgesetzt. Wir wollen dieses Gesetzgebungsverfahren bis zum Sommer abschließen.

Laut Gruppenantrag werden die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen (KV) verpflichtet, ihre über 16-jährigen Versicherten mehrmals schriftlich aufzufordern, „freiwillig eine Entscheidung zur Organspende abzugeben“. Die Krankenversicherungen sind in einer ersten Stufe verpflichtet, über das Thema Organspende ausführlicher zu informieren und Organspendeausweise aus Papier zur Verfügung zu stellen.

Später sollen die Versicherten ihre Erklärung zur Organ- und Gewebespende auf der elektronischen Gesundheitskarte dokumentieren. Auch die Behörden sollen bei der Ausgabe neuer Pässe, Personalausweise und Führerscheine Aufklärungsunterlagen zur Organspende aushändigen.

ENTSCHEIDUNGSRECHT DER NÄCHSTEN ANGEHÖRIGEN

Vom Gesetzgeber wird deutlicher als bisher herausgestellt, dass - sofern zu Lebzeiten keine Erklärung zur postmortalen Organ- und Gewebespende abgegeben wurde - die Angehörigen das Entscheidungsrecht haben. Festgelegt werden soll, dass die Organspendeerklärung Vorrang vor einer Patientenverfügung hat, wenn es um ärztliche Maßnahmen geht, die für eine mögliche postmortale Organ- und Gewebespende notwendig sind.

Mechthild Rawert □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Mitgliederforum:

„Den Angriffen begegnen“

SPD für konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus

Zu Beginn des Mitgliederforums hatte die Vorsitzende der AG Migration Ülker Radziwill für eine neue Politik der Inklusion, eines Einbeziehens ohne Gleichmacherei, geworben.

Sie träume davon, so Ülker Radziwill, dass „alle unsere Kinder - Kinder unserer Stadt, unseres Landes, gleich welcher Herkunft - in ihrer ganzen Vielfalt und Verschiedenheit friedlich miteinander unsere solidarische Gesellschaft gemeinsam gestalten und miteinander tragen“. Sie träume auch davon, dass weder sie als Berlinerin noch andere Einwanderer in diesem Land erklären müssen, warum sie hier seien, warum dies ihre Heimatstadt sei und warum sie für diese Stadt gerne arbeiten.

Ausgrenzung dürfe nicht zur Alltagserfahrung werden, so Ülker Radziwill. Und es dürfe sich nicht wiederholen, dass sich die Opfer rechtsradikaler Anschläge selbst als Täter verdächtigt sehen. „Wir müssen auch an uns arbeiten“, sagte Ülker Radziwill. „Eine Atmosphäre der Duldsamkeit gegenüber Vorurteilen ebnet die Wege zu Diskriminierung im Alltag und kann Rassismus begünstigen. Viele Einwanderer erleben in ihrem Alltag diese Ausgrenzung und haben Diskriminierungserfahrungen. Sie erleben Alltagsrassismus. Rassismus macht krank und in der extremen Form wie bei der NSU tötet sie - willkürlich.“

Ehrhart Körting zeichnete ein differenziertes Bild des Rechtsextremismus. So sei die NPD selbst nur noch bedingt mobilisierungsfähig, von den rund 16.000 organisierten oder nicht-organisierten Rechtsextremisten seien ganze 250 in der NPD. Sie sei daher auf die autonomen Nationalisten



Ulker Radziwill und Michael Müller auf dem SPD-Mitgliederforum in den Wedding Uferhallen.
Foto: Horb

angewiesen, die weniger hierarchisch organisiert seien. Ihre Anhänger treten nicht mehr uniformiert auf, im Erscheinungsbild glichen sie eher Linksautonomen. Rechtsradikale Musikgruppen und das Internet spielten eine wichtige Rolle bei der Verbreitung rechtsextremistischer Gedankenguts. Körting wies aber auch auf ein Klima selbst in Berlin hin, das von Rechtspopulisten bedient werde und den Nährboden biete.

Die Angst vor dem Wohlstandsverlust mache anfällig für rechte Parolen, so ein Diskussions Teilnehmer. Andere Teilnehmer berichteten von eigenen Ausgrenzungserfahrungen und von gewalttätigen Überfällen, auf die auch von der Polizei nicht immer angemessen reagiert worden sei. Ehrhart Körting warnte aber auch hier vor Verallgemeinerungen.

Man müsse praktisch handeln, so eine Teilnehmerin. Das Kennenlernen anderer Menschen und Kulturen sei die beste Waffe gegen Rechtsextremismus **uh** □

Ein Ort der Begegnung

Berlin feiert den 775. Geburtstag als „Stadt der Vielfalt“

„Stadt im Mittelalter“ und „Stadt der Vielfalt“: Das sind Themen, die die Veranstaltungen zum 775. Geburtstag der Hauptstadt im Herbst in den Mittelpunkt stellen. Am 28. Oktober 1237 wurde Berlins Schwesterstadt Cölln erstmals urkundlich erwähnt.

„Berlin wäre ein recht langweiliger Ort, hätte es nicht während der Gründerzeit am Ende des 19. Jahrhunderts und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einen enormen Zustrom und damit immer wieder einen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Innovationsschub aus dem Ausland gegeben“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. „Dass der rege Austausch noch viel früher begann, ist

vielen vielleicht gar nicht bewusst. Berlin ist seit dem Mittelalter in Bewegung und schon immer Ort, an den interessante Menschen neu zugewandert sind. Diese Energie macht Berlin zu dem, was es ist: zu einer Weltstadt!“

Wachstum und Dynamik beruhen seit Jahrhunderten auf Impulsen durch Migration. Im Vorfeld des Stadtjubiläums zeigt daher eine zentrale Open-Air-Ausstellung auf dem Schlossplatz in Berlin-Mitte die Geschichte(n) der Zuwanderer. Berlin will seine Geburtstagsfeier gemeinsam mit den vielen begehen, die gekommen sind, um zu bleiben. Ein zweites großes Open-Air-Projekt zeigt ab Ende August in Mitte die „Stadt im Mittelalter“. **BS** □

Lichtenberg:

Jugendarbeit und Musikschule sichern

Nach längerer Debatte hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg am 22. März 2012 mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Grüne den Bezirkshaushalt beschlossen. Der ausgeglichene Haushalt setzt trotz Sparvorgaben durch das Land Berlin Schwerpunkte für einen kinder- und familienfreundlichen Bezirk.

Mit dem Haushaltsbeschluss wird es im Jugendbereich einen neuen Leistungsschwerpunkt „Jugend und Familie im Quartier“ geben, der sich an sozial benachteiligte Kinder und Familien richtet und Angebote der Jugendförderung, Schule und Kita zusammenführt. Weiterhin wird eine Arbeitsgruppe aus Jugend- und Haushaltspolitikern eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit Jugendträgern Vorschläge für die fachliche und finanzielle Absicherung der Jugendförderung erarbeiten soll.

In der Debatte zur Musikschule wurde deutlich, dass sich alle Fraktionen zu einer nachhaltigen Sicherung der Musikschule und zu den Erfolgen der vergangenen Jahre bekennen. Sie stritten aber darüber, wie die ansteigenden Honorarkosten finanziell abgesichert werden können. In einem Begleitbeschluss zum Haushalt fordert die BVV das Bezirksamt auf, die musikalischen Angebote auf dem Niveau von 2011 zu sichern und zusammen mit der Musikschule ein Konzept für zusätzliche Einnahmen zu erarbeiten. **BS** □

August Bebel Institut:

Zukunft des Friedhofs der Märzgefallenen

Der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain soll den Status einer nationalen Gedenkstätte bekommen. Bisher existiert hier die temporäre Ausstellung des Paul Singer Vereins über die Geschichte des Ortes.

Ein Workshop des August-Bebel-Instituts will die Diskussion um die weitere Ausgestaltung des Gedenkortes vorantreiben. Der „Revolutionsspaziergang“ führt zum ehemaligen Barrikadenstandort am Strausberger Platz, folgt dem Weg, den der Trauerzug 1848 genommen hatte, und mündet in den Besuch des Friedhofs und seiner Ausstellung. Referent/innen sind der ehem. Reg. Bürgermeister Walter Momper und Dr. Susanne Kitschun, Projektleiterin Friedhof der Märzgefallenen. **BS** □

➡ Samstag, 28. April 2012, von 10.00 bis 13.30 Uhr Beitrag 5 €, Anmeldung unter 4692 12, kontakt@august-bebel-institut.de

Spandau:

„Abgleich mit der Realität“

Spandauer SPD lud zum 7. Dialog der Religionen

„Rollenbilder in den Religionsgemeinschaften: Widerspruch oder positive Kraft auf dem Weg zu einer modernen gleichberechtigten Gesellschaft?“ So lautete das Thema der Veranstaltung, zu der die Spandauer SPD am 14. März eingeladen hatte. 70 Bürgerinnen und Bürger kamen zu diesem 7. Spandauer Dialog der Religionen in die Pehrsgemeinde.

Rollenklischees über die verschiedenen Religionen finden sich zahlreich, so sollte dieser Dialog der Religionen bestehende Vorurteile mit der Realität abgleichen und ein interreligiöses Gespräch erleichtern. „Wir erhoffen uns durch solche Veranstaltungen eine größere Sachlichkeit in den oft kontroversen Debatten“, erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Raed Saleh, der auch Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist, die Themenauswahl. Damit entschied sich die Spandauer SPD auch diesmal für eine kontroverse und aktuelle Fragestellung, in den vergangenen



Der Spandauer SPD-Vorsitzende Raed Saleh beim Dialog der Religionen. Foto: SPD Spandau

sechs Veranstaltungen wurde schon über Demokratie, Ehrenamt und Jugend in Religionsgemeinschaften debattiert.

Auf dem Podium diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von jüdischer, christlicher und muslimischer Seite über Vergangenheit und Gegenwart des Geschlechterbilds in den verschiedenen Religionen. So referierte Maya Zehden als Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlin über die Ur-

sprünge des Frauenbilds in der jüdischen Religion. Auch die evangelische Pfarrerin konzentrierte sich in ihrem Vortrag vor allem auf die Entstehungsgeschichte von Geschlechterrollen im Christentum, wohingegen der Islamwissenschaftler Dr. Mirmehdi sich auf die Herausforderungen der Gleichberechtigung unter Muslimen im Deutschland der Gegenwart konzentrierte.

Die hohe Besucherzahl und anschließenden Fragen aus dem Publikum bestätigen Notwendigkeit und Interesse an interreligiösen und interkulturellen Plattformen. „Nur durch einen stetigen Austausch kann ein friedliches und buntes Zusammenleben in den Kiezen und unserer Stadt ermöglicht werden. Sowohl die unterschiedliche Ausrichtung der Vorträge als auch die kontroverse aber sachliche Anschlussdiskussion zeigen doch, wie gut solche Debatten funktionieren können.“, resümiert Raed Saleh. Weitere Dialoge der Religionen sind auch in diesem Jahr wieder geplant.

Judith Höffkes □

Reinickendorf:

Bezirk soll neues Konzept erarbeiten

Klausurtagung der BVV-Fraktion: Integration als Querschnittsaufgabe

In Falkenhagen im östlichen Brandenburg ist die SPD-Fraktion in der Reinickendorfer BVV Mitte März zur Klausurtagung der statt. Von Freitagmittag bis Sonntagvormittag kamen die 17 Mitglieder der SPD-Fraktion gemeinsam mit den sozialdemokratischen Stadträten Andreas Höhne und Uwe Brockhausen, sowie den Reinickendorfer Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses Thorsten Karge, Brigitte Lange und Jörg Stroedter zu einer intensiven Arbeitssitzung zusammen.

„Einmal im Jahr nehmen wir uns die Zeit, jenseits der Hektik der Tagespolitik in aller Ruhe über die Schwerpunkte unserer Arbeit in Reinickendorf zu diskutieren“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD, Gilbert Collé, den Ausflug nach Märkisch-Oderland.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Klausurtagung stand das Thema Integration. „Reinickendorf ist einer der letzten Berliner Bezirke, die eine Integrationsbeauftragte oder einen Integrationsbeauftragten und einen Integrationsausschuss bekommen, weil CDU und FDP in den letzten Jahren hier immer blockiert haben“, erklärt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Carmen Regin. „Umso wichtiger



Klausurtagung der SPD-Fraktion Reinickendorf: Integrationsministerin Dilek Kolat und der Reinickendorfer Fraktionsvorsitzende Gilbert Collé. Foto: SPD Fraktion Reinickendorf

ist es uns, dass wir uns in der Bezirksverordnetenversammlung jetzt intensiv um dieses wichtige Thema kümmern.“

Besonders freuten sich die Fraktionsmitglieder deshalb über den Besuch von Dilek Kolat, die seit November Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen ist. „Als Dilek Kolat auf dem Neujahrsempfang der Reinickendorfer SPD von unseren Plänen für

die Klausurtagung erfahren hat, hat sie sich spontan bereit erklärt, uns als Gesprächspartnerin zur Verfügung zu stehen. So hatten wir bei unserer Diskussion zum Thema Integration kompetente Unterstützung“, freute sich Gilbert Collé.

Gemeinsam mit der Senatorin ist die SPD-Fraktion überzeugt, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist, die alle Ressorts im Bezirk betrifft, sagte der Fraktionsvorsitzende. „Im Kulturbereich kann es zum Beispiel sinnvoll sein, besondere Angebote in den Volkshochschulen und Bibliotheken zu machen, die auf die Bedürfnisse und Interessen von Migranten zugeschnitten sind“, erläutert Gilbert Collé. „Und wenn Menschen mit ausländischen Wurzeln von der Wirtschaftsabteilung gezielt bei der Existenzgründung unterstützt werden, kann dies sogar zu neuen Arbeitsplätzen führen.“

Deshalb hat die SPD einen Antrag in die BVV eingebracht, in der das Bezirksamt ersucht wird, ein ressortübergreifendes Integrationskonzept Migration für Reinickendorf zu erarbeiten, das die Gestaltung des Integrationsprozesses in Reinickendorf, Handlungsstrategien sowie Präventionsmaßnahmen beinhaltet und Maßnahmen der einzelnen Ressorts auflistet. **PM □**

Gleichstellung:

„Mehr Frauen gewinnen“

Kreise legen Gleichstellungsberichte 2010-2012 vor

Vor zwei Jahren wurde auf einem Landesparteitag der erste Gleichstellungsbericht vorgelegt, der Aufschluss darüber gab, wie geschlechtergerecht Funktionen und Mandate auf Landesebene verteilt sind. Jetzt folgen die Kreise. Zu den ersten, die eigene Gleichstellungsberichte für die Zeit 2010 bis 2012 vorlegten, gehören Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.

„Beim Mitgliederbestand der SPD-Mitte nach einzelnen Abteilungen zeigt sich, dass es vier Abteilungen gibt, bei denen der Frauenanteil unter 30 % liegt“, heißt es im Bericht. „Der niedrigste Wert liegt bei 27,69 %, der Spitzenwert bei 38,78 %. Dies ist ein bedeutender Abstand von über 11 %. Festzuhalten bleibt ebenfalls, dass der Frauenanteil in keiner Abteilung bei 40 % oder mehr liegt. Im Vergleich: Der Frauenanteil der Bewohnerinnen und Bewohner von Berlin-Mitte lag 2010 bei 48,67 %. Insgesamt scheinen die Abteilungen in den Stadtteilen von Alt-Mitte strukturell etwas besser aufgestellt zu sein.“

2005 wurde in der SPD-Mitte mit 35,05 % der Spitzenwert des Frauenanteils erreicht. Zurzeit schein sich der Anteil bei rund 33 % stabilisiert zu haben, heißt es im Bericht. Bei den absoluten Zahlen sei zu beobachten, dass in den vergangenen Jahren deutlich mehr Männer als Frauen in die SPD-Mitte eingetreten sind.

Während der Frauenanteil im Geschäftsführenden Kreisvorstand bei 33,33 % liegt, erreicht er im Kreisvorstand fast 40 %, und dies, obwohl eine Reihe von Funktionen nach der Wahlordnung nicht steuerbar und als „gesetzt“ gelten. Anders sieht das Bild bei den Abteilungsvorständen aus. Nur 25 % der Abteilungsvorsitzenden sind weiblich. Nimmt man die Gesamtzahl der Mitglieder in den Abteilungsvorständen, erreicht der Frauenanteil nur 37,12 % und liegt damit deutlich unter den vom Statut geforderten mindestens 40 %. Nur die Hälfte der sechzehn Abteilungen erreicht in ihren Vorständen einen Frauenanteil von 40 % oder mehr.

Der Anteil von Frauen in der SPD-Fraktion Mitte ist von 52,6 % auf 55,6 % gestiegen, Ergebnis des Reißverschlussverfahrens bei der Listenaufstellung. Im Bezirkssamt schlägt sich das allerdings nicht nieder.

„Wir sind besonders stolz, dass wir den Frauenanteil in der BVV Fraktion deutlich erhöhen konnten“, sagt auch der Kreisvorsitzende der SPD Friedrichshain-Kreuzberg Jan Stöß. Ein Reißverschlussverfahren bei



Engagierte junge Frauen: Die SPD kann mehr von ihnen gebrauchen. Foto: Hartleib

der Listenaufstellung zur Berlin Wahl im letzten Jahr sorgte auch hier für eine Überrepräsentanz von Frauen unter den Mandatsträgerinnen der SPD in der neu gewählten Bezirksverordnetenversammlung.

Eine Vorreiterrolle nimmt der SPD Kreis bei der Repräsentanz von Frauen unter den Abteilungsvorsitzenden ein: „In der SPD Friedrichshain-Kreuzberg gibt es mehr Frauen als Männer in der Funktion der Abteilungsvorsitzenden. Berlinweit und Deutschlandweit sind Frauen in der SPD in dieser Funktion nur zu einem Viertel bzw. 19 Prozent vertreten. Hier bildet die SPD Friedrichshain-Kreuzberg eine positive Ausnahme“, stellt die stellvertretende Kreisvorsitzende und verantwortliche Redakteurin des Gleichstellungsberichtes Julia Schimeta fest. Zudem erfüllen fast alle parteiinternen Gremien die statutarisch vorgeschriebene Geschlechterquote von 40 Prozent. Spitzenpositionen im Kreis sind dennoch weiter in Männerhand. Von den insgesamt mittlerweile 1.521 Mitgliedern in Friedrichshain-Kreuzberg sind nur 32 Prozent Frauen. „Hier sind weiterhin große Anstrengungen nötig, um den Frauenanteil in absehbarer Zeit deutlich zu erhöhen“, so Schimeta. Deshalb wird die SPD in Friedrichshain-Kreuzberg nun zusammen mit Landes- und Bundes-SPD neue Angebote zur Gewinnung weiblicher Neumitglieder entwickeln.

Auch die SPD Mitte setzt auf eine gezielte Mitgliederwerbekampagne für Frauen. Vorgeschlagen wird zudem eine regelmäßige webgestützte Mitgliederbefragung, die auch Erkenntnisse zu geschlechtergerechten Themen und Praxen umfassen soll. Ein Mentoringprogramm der SPD-Mitte für Frauen sowie eine Tagung der SPD-Mitte zu Lebenslagen von Frauen und deren politischer Interessen mit externem, wissenschaftlichem Input sind weitere Ideen zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit. **BS □**

FRAKTION INTERN

„Kiez im Blick“ in Reinickendorf. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh ist am 23. März 2012 mit dem örtlichen Abgeordneten Thorsten Karge durch Reinickendorf getourt.

Bei einem Besuch in der Benjamin-Franklin-Oberschule, einer Integrierten Sekundarschule, informierten sich Saleh und Karge über die Wirkungen der Schulreform und sprachen mit den Schülersprecherinnen und Schülersprechern.

Nach einem Besuch bei der Ausgabestätte von „Laib und Seele“ trafen die beiden Politiker in der Cité Foch ein. Die Anwohnerinnen und Anwohner beklagten das verwaiste Zentrum des ansonsten sehr schönen Quartiers und sprachen vor allem Sicherheitsmängel an.

Beim VfL Tegel kam man über die Arbeit des 2.800-Mitglieder-starken Vereins ins Gespräch. Beim Verein spielt die älteste Tennisspielerin der Welt - sie ist 100 Jahre alt. Um Nachwuchs bemüht sich der Verein mit vielfältigen Aktivitäten, benannte aber auch Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sportflächennutzung, nachdem die Schulen im Ganztagsbetrieb arbeiten.

Senatorengesetz im Parlament verabschiedet. Das Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der Linkspartei dem Antrag der Großen Koalition zur Änderung des Senatorengesetzes zugestimmt. Die Änderung wurde nach der Entlassung des Justizsenators Braun (CDU) von SPD und CDU eingebracht.

Zukünftig soll die Dauer des Übergangsgeldes nicht mehr für mindestens 6 Monate gezahlt werden, sondern orientiert sich an der Zeitspanne der Amtsführung. Das Übergangsgeld wird für die gleiche Anzahl von Monaten gezahlt, für die der Berechtigte ohne Unterbrechung Amtsbezüge als Mitglied des Senats erhalten hat, jedoch höchstens für zwei Jahre. Wer einen Monat im Amt war, bekommt zukünftig auch nur für einen Monat Übergangsgeld.

Film-Premiere von „VERZOKKT“. Im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses zeigte die SPD-Fraktion am 29. März 2012 den Film „VERZOKKT“. Im Mittelpunkt steht das Thema Spielsucht, der Film wurde an einem sozialen Brennpunkt mit Bewohnern aus der Spandauer Neustadt gedreht.

Anschließend folgt eine Podiumsdiskussion mit Experten zum Thema Spielhallen und Spielsucht. Berlin hat auf Initiative der SPD-Fraktion das strengste Spielhallengesetz Deutschlands. Außerdem wurde die Steuer auf Glücksspielautomaten fast verdoppelt. **CS □**

Parteiwahlen:

Wechsel und Kontinuität

Sieben Kreise wählten ihre Vorstände

In sieben Kreisen sind an den vergangenen beiden Wochenenden die Kreisvorstände der SPD neu gewählt worden. Im Amt bestätigt wurden dabei die Vorsitzenden Fritz Felgentreu in Neukölln, Jan Stöß in Friedrichshain-Kreuzberg, Raed Saleh in Spandau, Oliver Igel in Treptow-Köpenick und Christian Gaebler in Charlottenburg-Wilmersdorf. Neue Vorsitzende wählten die Kreisdelegierten in Mitte mit Boris Velter, in Lichtenberg mit Ole Kreins.

Mitte. Als neuer Kreisvorsitzender in Mitte wurde Boris Velter mit 88 % gewählt. Nicht mehr angetreten war der Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke, der die SPD-Mitte 10 Jahre lang führte. Zum Wechsel sagte Boris Velter: „Ich freue mich über die breite Zustimmung und das Vertrauen. Der neu gewählte Kreisvorstand ist ein guter Mix aus erfahrenen Kräften und neuen Engagierten. So setzen wir auf Kontinuität und Veränderung. Unsere gemeinsame Aufgabe mit unseren Bezirksamtsmitgliedern und der BVV-Fraktion ist, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, warum es sich lohnt SPD zu wählen.“

Christian Hanke sagte nach der Wahl: „Ich gratuliere Boris Velter. Wir haben im Konsens gute Entscheidungen getroffen und ich als Bezirksbürgermeister und die neu aufgestellte SPD-Mitte werden mit noch mehr Kraft für eine sozial gerechte Politik in Mitte kämpfen.“

Boris Velter betonte die große Bedeutung einer vertrauensvollen und verlässlichen Zusammenarbeit in einer Zählgemeinschaft. Zugleich müsse die SPD als Partei wahrnehmbar bleiben. Ziel ist, dass die SPD gestärkt aus den anstehenden Wahlen hervorgeht. Als weitere Mitglieder des geschäftsführenden Kreisvorstandes wurden gewählt: die Stellvertreterinnen Joana Latorre und Liv Assmann, als Stellvertreter Frank Boermann und Dr. Philipp Steinberg als Kassierer sowie Caroline Fiedler als Schriftführerin.

Neukölln. Die SPD Neukölln hat am 17. März den seit 2004 amtierenden Vorsitzenden Dr. Fritz Felgentreu (43, Lehrer) und den stellvertretenden Vorsitzenden Oliver Henschel (34, Betriebswirt) wiedergewählt.

Neu gewählt wurden als weitere stellvertretende Vorsitzende die bisherige Kassiererin und Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport, Dr. Franziska Giffey (33), sowie der Nord-Neuköllner Abgeordnete und Rechtsanwalt Erol Özkaraca (48). Ebenfalls neu gewählt wurden als Kassierin die ehemalige Abgeordnete Anja

Hertel (50) und als Schriftführer der noch bis nächste Woche amtierende Juso-Landesvorsitzende Christian Berg (31).

Kirsten Flesch, seit 1995 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, und die ehemalige Abgeordnete Petra Hildebrandt kandidierten nach vielen Jahren auf eigenen Wunsch nicht noch einmal als Stellvertreterinnen. Die Neuköllner Delegierten nominierten Fritz Felgentreu auch als stellvertretenden Landesvorsitzenden einstimmig für den Landesparteitag im Juni.

Treptow-Köpenick. Die SPD Treptow-Köpenick hat am 17.3. im NH-Hotel Treptow ihren Vorstand neu gewählt. Der Bezirksbürgermeister Oliver Igel wurde als Vorsitzender wiedergewählt. 96 % der Delegierten stimmten für ihn. Seine Stellvertreter sind die Abgeordnete Ellen Hausdörfer und die Bezirksverordneten Karin Zehrer und Alexander Freier. André Rostalski wurde als Schriftführer wieder gewählt, ebenso Ralf Thies als Kassierer. Dem Kreisvorstand gehören insgesamt 34 Personen an. Alle Ortsteile und etliche Fachgebiete sind vertreten.



Foto: Kai Doering

Friedrichshain-Kreuzberg. Die dritte Wahl von Jan Stöß zum Vorsitzenden der SPD Friedrichshain-Kreuzberg fiel klar aus. Mit gut 93,2 Prozent Zustimmung lag sein Ergebnis deutlich über dem der letzten Wahl: 2010 hatte er nur rund 70 Prozent erhalten. „Wir sind in den vergangenen zwei Jahren bunter und stärker geworden“, sagte der alte und neue Vorsitzende so auch in seinem Rechenschaftsbericht. Das Motto „Wir sind ein Kreis“ erfülle die SPD in Friedrichshain und Kreuzberg täglich mit Leben. Das hat auch Ausstrahlung auf die gesamte Hauptstadt-SPD. „Wir haben zu einem stärkeren kommunalen Profil der Berliner SPD beigetragen und uns gemeinsam mit anderen Kreisen einen inhaltlichen Führungsanspruch ohne ideologische Scheuklappen erarbeitet“, sagte Stöß selbstbewusst.

Diesen Kurs möchte er fortsetzen. Mit

der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und einem Fokus auf die arbeitende Bevölkerung beschrieb Stöß Akzente für die Arbeit der kommenden zwei Jahre.

Unterstützt wird er dabei von einem Team aus bewährten und neuen Kräften. Als stellvertretende Kreisvorsitzende wurden Alexandra Kast und Julia Schimeta ebenso bestätigt wie Burkhard Hawemann als Kreiskassierer.

Neu im Kreisvorstand sind Ralf Hörschele als stellvertretender Kreisvorsitzender sowie Cicek Bacik als Schriftführerin. Ralf Hörschele war bis vor wenigen Wochen stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos, Cicek Bacik ist zugleich Sprecherin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB). Die stellvertretende Kreisvorsitzende Julia Schimeta wurde von der Versammlung auch als Beisitzerin für Friedrichshain-Kreuzberg im SPD-Landesvorstand nominiert.



Foto: SPD Lichtenberg

Lichtenberg. Mit großer Mehrheit wurde Ole Kreins als neuer Kreisvorsitzender gewählt. Neben seinem Mandat als Berliner Abgeordneter führt er nun die Lichtenberger SPD in den kommenden Bundestagswahlkampf. „Ich freue mich sehr auf die anstehenden Herausforderungen. Wir müssen unser gutes Lichtenberger Ergebnis aus der Abgeordnetenhauswahl auch auf die kommende Bundestagswahl übertragen. Die Inhalte dazu sind da, jetzt gilt es die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Wir sind die Lichtenberg-Partei!“ erklärte Kreins im Anschluss an die Wahl.

Dabei stehen ihm die beiden neugewählten stellvertretenden Kreisvorsitzenden Teodora Gionova-Busch und Karin Seidel-Kalmutzki sowie Kathrin Söhnell als neue Kreiskassiererin und Christian Paulus als neuer Schriftführer zur Seite.

Der bisherige Vorsitzende Andreas Geisel war nach 15 Jahren an der Spitze des Kreisverbands nicht wieder angetreten und hat den Staffelstab an die nächste Generation weitergereicht. Er wird sich in Zukunft auf sein Amt als Bürgermeister Lichtenbergs konzentrieren und den Bezirk aus dieser Position heraus weiterhin voranbringen.

Die SPD Lichtenberg ist mit diesem frischen Team nun sehr gut für die Herausforderungen der kommenden Jahre aufge-

Fortsetzung von Seite 6

stellt. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wird sie neben anderen wichtigen Themen für ausreichend Kitaplätze, soziale Aufstiegschancen und stabile Mieten im Bezirk kämpfen.



Foto: Alexander Sempff

Charlottenburg-Wilmersdorf. Mit großer Mehrheit wurde der bisherige Vorsitzende Christian Gaebler (Staatssekretär für Verkehr und Umwelt in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) im Amt bestätigt. Als seine stellvertretenden Vorsitzenden wurden Robert Drewnicki und Carolina Böhm (Mitglied der BVV) in ihrem Amt ebenfalls bestätigt.

Neu gewählt wurde als stellvertretende Vorsitzende Constanze Röder (stellv. Fraktionsvorsitzende der BVV-Fraktion). Als Kreiskassierer wurde Frank Jahnke (MdB) im Amt bestätigt. Und als neue Schriftführerin Felicitas Tesch gewählt.

Einstimmig hat die SPD-Kreisdelegiertenversammlung den bisherigen Landesvorsitzenden Michael Müller als Landesvorsitzenden nominiert. Des Weiteren wurden u. a. Marc Schulte (Bezirksstadtrat in Charlottenburg-Wilmersdorf) wieder als stellvertretender Landesvorsitzender und Barbara Scheffer als Beisitzerin im Landesvorstand nominiert.

Spandau. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, ist erneut als Kreischef der Sozialdemokraten in der Havelstadt bestätigt worden. Auf der Kreisdelegiertenversammlung der SPD in der Havelstadt votierten am Samstag 44 Delegierte für den 34 Jahre alten Politiker, neun sagten Nein und einer enthielt sich. Außerdem nominierte die Versammlung die stellvertretende Kreisvorsitzende Ulrike Sommer als stellvertretende Landesvorsitzende.

Saleh warf der Spandauer CDU in seinem

Rechenschaftsbericht Verantwortungslosigkeit vor. Sie habe mit ihrer Ablehnung des Bezirks Haushaltes riskiert, dass Spandau bei der Verteilung der zusätzlichen 50 Millionen Euro für die Bezirke leer ausgehe. Saleh lobte die Grün-Alternative Liste als verlässliche Partnerin der Spandauer SPD und äußerte sich zufrieden über die bisherige Arbeit des rot-grünen Bündnisses in der Havelstadt.

Mit großer Mehrheit wählte die Kreisdelegiertenversammlung den Abgeordneten Daniel Buchholz sowie Susanne Pape und Ulrike Sommer erneut zu stellvertretenden Kreisvorsitzenden. Kreiskassierer bleibt Michael Stobbe, Schriftführerin wurde die langjährige Abgeordnete Burgunde Grosse. Darüber hinaus nominierten die Delegierten Ulrike Sommer, die seit 2006 Beisitzerin im Landesvorstand ist, als stellvertretende Landesvorsitzende. Beisitzer im Landesvorstand soll Daniel Buchholz werden. Ferner sprach sich die Versammlung für die Wiederwahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden Iris Spranger und die Wahl des Neuköllner Kreischefs Fritz Felgentreu in den geschäftsführenden Landesvorstand aus. **BS □**

Arbeitsgemeinschaften wählten

Jusos, Schwusos und ASF bestimmten ihre Vorstände neu

Eva Högl ist bei den Wahlen zum Landesvorstand der ASF im Amt bestätigt worden, wiedergewählt wurde auch der bisherige Schwuso-Vorsitzende André Rostalski. Als Nachfolger des Juso-Vorsitzenden Christian Berg wurde Kevin Kühnert gewählt.

SCHWUSOS

Auf der Landesvollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der Berliner SPD (Schwusos) wurde am 22. März ein neuer Landesvorstand gewählt. Für die Wahl des Landesvorsitzenden gab es zwei Kandidaturen: André Rostalski (Treptow-Köpenick), amtierender Landesvorsitzender, und Tom Schreiber (Treptow-Köpenick), Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und queerpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. André Rostalski wurde mit 63 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzender im Amt bestätigt. Tom Schreiber erhielt 37 Prozent der Stimmen.

Als stellvertretende Landesvorsitzende unterstützen Anne Bohnet (Mitte), Laura Giannini (Reinickendorf) und Pascal Kaun (Marzahn-Hellersdorf) die Arbeit des Landesvorstandes. Als Schriftführer wurde Toni Karge (Mitte) gewählt.

Nicolai Eschenhagen (Steglitz-Zehlendorf), Rafaela Kiene (Marzahn-Hellersdorf),



Neuer Vorstand bei den Schwusos: André Rostalski (4. v. l.) wurde wiedergewählt.

Markus Pauzenberger (Mitte) und Sylvia-Fee Wadehn (Pankow) als Beisitzer/innen sowie die Kreisvorsitzenden und -vertreter/innen Wilfred Bressemer (Friedrichshain-Kreuzberg), Ralph Ehrlich (Charlottenburg-Wilmersdorf), Stefan Kirmse (Pankow), Peter Mabbett (Spandau), Marius Niespor (Steglitz-Zehlendorf), Petra Nowacki (Tempelhof-Schöneberg), Ramin Rachel (Neukölln), Daniel Schwarz (Mitte) und Michael Wolfram (Marzahn-Hellersdorf) komplettieren das Team des Schwusos-Landesvorstandes.

JUSOS

Die 80 Delegierten aus 12 Kreisen wähl-

ten am vergangenen Wochenende Kevin Kühnert aus Tempelhof-Schöneberg zum Nachfolger von Christian Berg als Juso-Landesvorsitzenden. Einstimmig beschloss die Landesdelegiertenkonferenz ein Arbeitsprogramm. Schwerpunkte werden u.a. die Arbeit an stadtpolitischen Themen, wie Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, sowie die Auseinandersetzung mit der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise sein.

Darüber hinaus werden sich die Berliner Jusos weiterhin kritisch mit der Regierungspolitik des Rot-Schwarzen Senats auseinandersetzen. Zu den anstehenden Parteiwahlen erklärt Kühnert: „Unser Ziel ist es, dass der SPD-Landesvorstand sich wieder selbstbewusster gegenüber der Senatspolitik behauptet. Dafür werde ich mich einsetzen.“

ASF

Mit beinahe einstimmigen Ergebnis ist die Bundestagsabgeordnete Eva Högl auf der Landesfrauenkonferenz wieder zur Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) gewählt worden. Bevor Eva Högl einen Blick in die Zukunft warf, zog sie Bilanz der letzten zwei Jahre. Die ASF hätte sich weiterhin kontinuierlich an vielen Veranstaltungen wie

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

zum Beispiel dem Internationalen Frauentag und dem Equal Pay Day beteiligt.

Außerdem begrüßte Eva Högl, dass sich viele von der ASF ins Spiel gebrachte Inhalte im derzeitigen Berliner Regierungsprogramm wiederfinden würden. Es sei ein großer Gewinn für die Zukunft, dass die entsprechende Senatsverwaltung Arbeit, Integration und Frauen in SPD-Hand sei – und das auch noch in weiblicher. Die ASF werde sich auch zukünftig – und das zur Not auch lautstark – für frauenpolitische Themen einsetzen. Hier gelte es wichtige Schwerpunkte u. a. in der Arbeits- und Sozial- sowie der Rentenpolitik besonders im Hinblick auf die bevorstehende Bundes-

tagswahlen 2013 zu setzen. Themen wie Gewalt gegen Frauen, das Landesgleichstellungsgesetz und Frauen in Führungspositionen würden selbstverständlich auch auf der Agenda bleiben.

Entsprechend äußerte sich der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller in seinem Grußwort. Die Gleichstellung von Frauen und Männer sei immer noch nicht in allen Bereichen Realität. Die Berliner SPD werde alles dafür tun, dass die nötigen Voraussetzungen dafür gelegt würden. Die Staatssekretärin für Frauen, Barbara Loth, gab einen interessanten Einblick in ihre neue Tätigkeit. Sie werde dafür Sorge tragen, dass Frauen den Aufstieg in Führungspositionen leichter ermöglicht werde. Auch Un-

terschiede in der Bezahlung seien absolut nicht hinnehmbar.

Im weiteren Verlauf der Landesfrauenkonferenz wurden Barbara Scheffer, Sabine Röhrbein, Martina Hartleib und Anett Baron als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt. Zusammen mit den gewählten Beisitzerinnen und den ASF-Vorsitzenden aus den Bezirken ergibt sich somit ein schlagkräftiger neuer Landesvorstand.

Nach den Wahlen wurden noch eine beeindruckende Zahl von Anträgen abgestimmt. So sprach sich die Landesfrauenkonferenz der ASF u. a. dafür aus, dass die Landesliste zur Bundestagswahl von einer Spitzenkandidatin angeführt wird.

BS □

Viel ehrenamtliches Engagement (III)

Wahlergebnisse aus Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften der Kreise

Die Berliner Stimme veröffentlicht die neu gewählten geschäftsführenden Vorstände, soweit sie uns mitgeteilt werden.

LICHTENBERG

Abteilung 2. In der Abteilung 2 in Lichtenberg ist nicht Marianne Nedwed KassiererIn, wie in der BS 6 gemeldet, sondern Marianne Müller.

MITTE

SPD Schillerpark. Im neuen Vorstand gibt es eine Veränderung bei den Stellvertretern. Stefan Kurth stand aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Verfügung, dafür rückte Phillip Balt nach. Weitere Stellvertreterinnen sind wie bisher Bruni Wildenhein-Lauterbach und Heidemarie Fischer. Lars Neuhaus als Vorsitzender, Claudia Sucker als KassiererIn und Frank Kirstan als Schriftführer wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

SPANDAU

05/01 Hakenfelde: Oliver Hänsgen bleibt Vorsitzender, Thea Brandt und Jochen Liedtke sind Stellvertreter, Julian Schaut Schriftführer und Jan Semotam Kassierer.

05/02 Neustadt: Gisela Grotzke ist als Vorsitzende gewählt, Amal Samhat und Mahdi Saleh sind Stellvertreter, Marianne Lillie-Schirmacher ist Schriftführerin, Friedhelm Kahlert Kassierer.

05/03 Falkenhagener Feld-Spandau West: Vorsitzender ist Stephan Machulik, Stellvertreter Holger Friedrich, Heike Liefelfeld ist Schriftführerin, Ali Hotait Kassierer.

05/04 Stadtrand: André Dietzschke ist Vorsitzender, Ruth Mekelburg Stellvertreterin, Michael Kaffanke Schriftführer, Dag-

mar Hecker KassiererIn.

05/05 Staaken: Burgunde Grosse bleibt Vorsitzende, Lutz Palitza und Brünetta Tesch sind Stellvertreterinnen, Timo Lohmann ist Schriftführer, Norbert Rohe Kassierer.

05/09 Südpark-Tiefwerder: Vorsitzender ist Jens Julius, Stellvertreterinnen sind Hannelore Steinig und Angelika Syring, Schriftführer Dirk Peschel, KassiererIn Kerstin Müller

05/11 Gatow-Kladow: Ulrike Sommer wurde als Vorsitzende bestätigt, Helmut Kleebank, Reinhard Große-Sudhoff und Heidi Widerek-Soppert sind Stellvertreter, Gaby Schiller ist Schriftführerin, André Wecker Kassierer.

05/12 Haselhorst-Siemensstadt: Daniel Buchholz bleibt Vorsitzender, Andrea Kretschmer und Penau Said sind Stellvertreter, Miodrag Nikolic ist Schriftführer, Michael Scheibe-Draesel (u.V.) Kassierer.

Vorsitzende der Spandauer **ASF** ist Bettina Domer, die **AGS** wird weiter von Angelika Syring geleitet, die **AfA** von Burgunde Grosse, die **AfB** von Susanne Pape, die **Jusos** von einem Kreissprecherrat mit Evrim Ceylan, Robert Galczynski und Lukas Schulz, die **AG der Schwusos** von Peter Mabbett, die **AG 60 plus** von Michael Gustke und die **AsJ** von Norbert Kustin.

STEGLITZ-ZEHLENDORF

Abteilung 2: Vorsitzender ist Rolf Wiegand, Stellvertreter sind Brunero Capella, Ayah El-Khadra, Thomas Seitz, Schriftführerin Katarzyna Noryskiewicz, Kassierer Rainer Ziffels.

Abteilung 3: Vorsitzender ist Martin Matz, Stellvertreter sind Petra Hauschulz, Jutta Hertlein, Jan Kellermann, Schriftführer Kurt Geisel, KassiererIn Annette Hennertes.

Abteilung 4: Vorsitzender ist Holger Fabig, Stellvertreter sind Dagmar Brillaud, Wolfgang Kornau, Günther Schulze, Schriftführer Philip Zschaler, Kassierer Helmut Schmidt.

Abteilung 5: Vorsitzende ist Ulla Büntjen, Stellvertreter sind Nicolai Eschenhagen, Christa Ihlenburg, Schriftführerin Elke Bauer, Kassierer Klaus Spychalski.

Abteilung 6: Vorsitzender ist Hinrich Soehlke, Stellvertreter sind Marianne Männing, Thorsten Miowitz, Schriftführer Ilka Biermann, Kassierer Martin Sellke.

Abteilung 7: Vorsitzender ist Matthias Baumann, Stellvertreter sind Nils Harmen, Bettina Kirsch, Irene Köhne, Schriftführerin Ingrid Sopp, Kassierer Michael Rosenberg

Abteilung 9: Vorsitzender ist Andreas Linde, Stellvertreter sind Norbert Jentzsch, Michael Karnetzki, Juliana Kölsch, Schriftführer Daniel Monazahian, KassiererIn Ingrid Hancke.

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Abteilung 2: Vorsitzender bleibt Lars Rauchfuß, Stellvertreter sind Manuela Harling, Reinhard Janke und Erich Mendroch, Schriftführerin Lotte Weber und KassiererIn Barbara Beguhl.

Abteilung 6: Vorsitzende ist wieder Angelika Schöttler, Stellvertreter sind Annette Hertlein und Udo Masgaj, Schriftführer ist Paul Sokoll, KassiererIn Karin Dehn.

Vorsitzender der **Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen** ist Jürgen Link, die **Arbeitsgemeinschaft Migration** leitet Orkan Özdemir, die **Schwusos** Petra Nowacki, die **AfA** Volker Prasuhn. Den Vorsitz der **Arbeitsgemeinschaft 60 plus** hat Hans-Peter Schiff, bei den **Jusos** wurde Alexander Brück zum Vorsitzenden gewählt.

BS □

EU-Finanzen:

Solide und solidarische Finanzierung

Karl-Heinz Niedermeyer: Was Erzberger mit der Europäischen Finanzkrise zu tun hat

Es gilt heute an das aus meiner Sicht für unsere heutige Situation - die Weltfinanzkrise und die Krise der Europäischen Währungsunion - wichtigste Erbe von Matthias Erzberger erinnern: seine Reichsfinanzreform als Reichsfinanzminister im Jahre 1921.

Der Zentrumsrepublikaner Erzberger wurde am 26. August 1921 ermordet (siehe Seite 13). Seine Reform, die den Besserverdienenden und vor allem den Kriegsgewinnlern Einschnitte in ihr Einkommen und Vermögen zumutete, die aus heutiger Sicht geradezu unglaublich erscheinen und die sozialdemokratische Politiker/Innen des 20. und 21. Jahrhunderts auch nicht im Ansatz versucht haben, hat ihn sicher bei den in der Regel besser verdienenden konservativen und rechten Kreisen, aus denen seine Mörder kamen, nicht weniger verhasst gemacht als seine Bereitschaft, als Staatssekretär in der letzten kaiserlichen Regierung Max von Baden, die zugleich die erste parlamentarische Regierung des Deutschen Reiches war, den Waffenstillstandsvertrag vom 11.11.1918 mit den Kriegsgegnern zu unterzeichnen und sich freiwillig zum Sündenbock für die von den meisten Deutschen nicht akzeptierte Niederlage im Weltkrieg zu machen.

STAATSSCHULD VON 153 MILLIARDEN REICHSMARK

Erzberger stand als Reichsfinanzminister 1921 vor einer Aufgabe, gegenüber der die Arbeiten des Herkules noch als Kinderspiel erscheinen. Die Staatsschuld war in Folge des verlorenen Krieges von 5 Milliarden Mark im Jahre 1913 auf 153 Milliarden gewachsen. Legt man den gegenüber dem letzten Friedenshaushalt von 1913 Ausgaben von 2,4 Mrd. M auf 17,5 Mrd. im Jahre 1919, von denen allein 10 Mrd. für jährliche Zinszahlungen anfielen, zu Grunde und legt diese Zahlen auf das Volumen des heutigen Bundeshaushalts um, dann kommt man auf Staatsschulden von 9 Billionen Euro, wenn man einen Primärhaushalt von 7,5 Mrd. M. ansetzt.

Die junge Republik verfügte aber wie das untergegangene Kaiserreich weder über eine einheitliche Finanzverfassung noch über die Finanzhoheit über eigene Steuerquellen, die auch nur ausgereicht hätten, die Aufgaben der Reiches in normalen Zeiten abzudecken, geschweige denn die Lasten eines verlorenen Krieges zu schultern. Die Eignemittel des Reiches im engeren Sinne bestanden aus Zöllen, indirekten Steuern in beschränktem Umfang und



Karl-Heinz Niedermeyer ist Vorsitzendes des
Fachausschusses Internationales der Berliner SPD.

Foto: Horb

Überschüssen der Eisenbahnen. Die wirklich ertragreichen direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen wurden als Reservat der Einzelstaaten betrachtet.

FINANZIERUNGSGRUNDLAGE FEHLTE NOCH

Das Bismarck-Reich war ja erst auf dem Weg vom Fürstenbund zum Bundesstaat und die Finanzverfassung war der Bereich, in dem die Grundlagen eines funktionierenden Bundesstaats am meisten auf sich warten ließen. Das Reich finanzierte sich hauptsächlich aus den „Matrikularbeiträgen“ der Bundesstaaten, also den Anteilen an den eigenen Steuern, welche die Einzelstaaten nach langen Verhandlungen dem Reich zur Verfügung stellten.

Diese Art von Finanzierung reichte natürlich in keiner Weise aus, die Kriegsausgaben im 1. Weltkrieg zu finanzieren. Aber die kaiserlichen Finanzminister, an der Spitze Erzbergers Intimfeind Karl Helfferich von der Konservativen Partei scheuten sowohl die notwendige Auseinandersetzung mit den Einzelstaaten als auch mit den begüterten Schichten, die notwendig gewesen wäre, um dem Reich etwa mit der Einführung einer Reichseinkommensteuer und einer Reichsvermögensteuer ausreichende Finanzgrundlagen zu verschaffen. Der Kriegsausgaben wurden mit Kriegsanleihen und Schatzanweisungen finanziert, die ihrerseits aus Reparationsleistungen der Kriegsgegner zurückgezahlt werden sollten.

Bekanntlich nahm der Krieg den gegenteiligen Ausgang: Deutschland musste nicht nur die eigenen Kriegskosten über-

nehmen, sondern auch noch Reparationszahlungen an die Sieger, welche ihrerseits ihre Kriegshaushalte solide mit Steuern finanziert hatten.

Reichsfinanzminister Erzberger übernahm nicht nur mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands die Verantwortung für die unmittelbaren Kriegsfolgen, sondern mit seinem neuen Amt auch für die finanzielle Katastrophe, welche der Kaiser, seine Generäle und seine Finanzminister verursacht hatten: er machte sich zum idealen Sündenbock der alten Herrschaftseliten.

Und er ließ diese Eliten bluten: Die Kriegsgewinne wurden mit scharfen Progressionsstufen abgeschöpft. Jeder Einkommenszuwachs seit 1913 für wohlhabende Personen ab 10 000 M. Jahreseinkommen wurde besteuert, die ersten 10.000 mit 5 %, die nächsten mit 10 % usw. bis zu 70 % für Millionäre, die Einkommenszuwächse von Gesellschaften (dies entspricht der heutigen Körperschaftsteuer) lag bei 80 % mit der Möglichkeit der Absenkung auf 40 % in Härtefällen. Kein von deutschen Sozialdemokrat/Innen auch der Parlamentarischen Linken und keine von ihnen geforderte Reichensteuer reicht an solche Sätze heran.

ZUGRIFF AUF VERMÖGENSZUWÄCHSE

Noch schärfer war aber Erzbergers Zugriff auf die kriegsbedingten Vermögenszuwächse. Die von ihm eingeführte Vermögensteuer sah folgende Sätze vor: 10 000 M. Freibetrag beim Vermögensbestand und 5 000 M. beim Zuwachs. Versteuerung der ersten 10 000 M. des Zuwachses mit 15 %, der zweiten mit 30 % usw. bis zu einer Besteuerung einer Erhöhung um 172 000 M. mit 100 %. Das waren die nicht von einem Sozialisten oder Kommunisten, sondern von einem heutzutage als Christdemokraten einzuordnenden Zentrumsmann eingeführten „konfiskatorischen Steuern. Auch das antikapitalistische Ahlener Programm der CDU von 1947 kann da nicht mithalten.

Dazu kam noch die Einführung der dritten Sparte sozialistischer Marterinstrumente für das Kapital, einer Erbschaftsteuer mit einem in der Umrechnung um ein Vielfaches höherem Aufkommen als heute sowie einer Grunderwerbsteuer und einer Tabaksteuer, Einnahmequellen, die für den heutigen Bundeshaushalt immer noch von hoher Bedeutung sind.

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Worin besteht die Parallele zu den heutigen Finanzproblemen der EU? Nun: auch die EU finanziert sich überwiegend aus pauschal bemessenen Beiträgen in Prozentsätzen des jeweiligen Bruttosozialprodukts der Mitgliedstaaten und Anteilen an deren Mehrwertsteueraufkommen. Auch die EU verfügt wie das Deutsche Reich bis 1921 nur über geringe Eigenmittel im engeren Sinne in Form von Zöllen, Agrarabschöpfungen, Zucker- und Isoglukoseabgaben. Sie hat nicht die Befugnis, sich für neue oder wachsende bisherige Aufgaben aus eigener Machtvollkommenheit neue Einnahmequellen unabhängig von der Zahlungsbereitschaft der Mitgliedstaaten zu erschließen.

Auch ihre Möglichkeiten, mit Haushaltsmitteln wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten oder ganzen Regionen - etwa mit Hilfe der Regional- und Strukturpolitik - auszubalancieren, finden ihre Grenzen an der Kooperationsbereitschaft der Mitgliedsstaaten.

GRUNDÜBEL DES WÄHRUNGSVERBUNDS

Im Bundesstaat Deutschland setzen das Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Regeln des Länderfinanzausgleichs dem Wettbewerbsföderalismus Grenzen. In der EU dagegen sorgen die Maastricht-Regeln mit ihrer Begrenzung der Staatsschulden und der Haushaltsdefizite dafür, dass die Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen ihre Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Schuldnerstaaten noch steigern können und die letzteren auch in Zukunft den Anschluss verpassen müssen. Dieses Grundübel des europäischen Währungsverbunds wird durch

den von Merkel forcierten Fiskalpakt noch potenziert. Der sozialistische Präsidentschaftskandidat Hollande weckt nicht nur mit seiner Ankündigung, den Fiskalpakt neu zu verhandeln, Hoffnung auf notwendige Korrekturen, sondern auch mit seinem „Erzbergerschen“ Spitzensatz von 75 % für die Einkommensteuer.

STRUKTURMÄNGEL BEI DER SOLIDARITÄT

Die Strukturängel von Maastricht, Europäischer Währungsunion und Fiskalpakt, die ausschließliche Sanktionierung der Defizitländer und die Freistellung der Überschussländer von der Verantwortung für Handels- und Finanzungleichgewichte wiederholen sich in der Finanzverfassung der EU. Sie kann mit ihrem Haushalt nicht für Solidarität zwischen Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft und soziale Entwicklung sorgen, weil vor allem die starken Mitgliedstaaten, zumeist identisch mit den Nettozahlern, vor allem daran interessiert sind, dem EU-Haushalt rigide Obergrenzen einzuziehen und von den der EU bereit gestellten begrenzten Mitteln einen möglichst großen Teil in den nationalen Wirtschaftskreislauf zurück zu leiten, anstatt die Entwicklung der gesamten Region Europa im Auge zu haben.

Wie könnten eigenständige Finanzierungsgrundlagen für eine nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage von wirtschaftlich-sozialem Gleichgewicht, sozialer Gerechtigkeit untereinander und auch gegenüber den Völkern des globalen Südens und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen aussehen: Einige Eckpunkte liegen auf dem Tisch oder sind als Konzepte fertig abrufbar:

1. Eine europäische Vermögensabgabe für Eigentümer großer Vermögen zum Auf-

bau des Grundstocks eines europäischen Schuldentilgungsfonds. Mit ihr könnte man der Forderung nach Einhaltung der Non-bail-out-Klausel des Maastrichtvertrags begegnen, denn nun würden nicht einzelne Staatshaushalte für die Schulden anderer Mitgliedstaaten aufkommen, sondern die großen Vermögensbesitzer in ganz Europa, also auch in den Schuldnerstaaten selbst. Die Maßnahme könnte noch um eine europäische Bankenabgabe mit dem gleichen Verwendungszweck ergänzt werden.

2. Eine europäische Finanztransaktionssteuer, mit deren Hilfe die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erweitert und verbessert werden könnte

3. Eine europäische Flugverkehrsabgabe kombiniert mit der Übertragung des Rechts, Verschmutzungszertifikate auszugeben, auf die EU zur Finanzierung eines europäischen Klimafonds

Alle vorgeschlagenen Maßnahmen haben den Charme, dass sie die derzeitigen Finanzierungsgrundlagen der Einzelstaaten nicht beeinträchtigen, die EU aber ein Stück unabhängiger machen vom Egoismus der Einzelstaaten und sie ein Stück weit in die Lage versetzen, eine Politik der Weiterentwicklung Europas aus eigenem Recht und eigenen Zielvorgaben zu verwirklichen.

Es wären erst die Anfänge einer Erzbergerschen Finanzreform für Europa, erste tastende Versuche, den Krisengewinnern der Weltfinanzkrise einen Teil der Beute ihres Feldzugs gegen die Staatshaushalte, die Lohnquoten der Arbeitnehmer/Innen und die Ersparnisse der Kleinanleger wieder abzunehmen und die Verursacher der Krise an ihren Folgekosten zu beteiligen.

Karl-Heinz Niedermeyer □

Finanzpolitik:

„Unehrllicher geht es nicht“

Joachim Poß kritisiert Umgang der Bundesregierung mit dem Europäischen Rettungsschirm

Unehrllichkeit im Umgang mit dem Europäischen Rettungsschirm hat der SPD-Finanzexperte Joachim Poß der Bundesregierung vorgeworfen.

„Die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister werden der Ausweitung des Rettungsschirms zur Stabilisierung der Eurozone zustimmen“, so Poß. „Dass etwas anderes gegenüber den europäischen Partnern, den USA und dem IWF nicht möglich ist, ist Frau Merkel und Herrn Schäuble bereits seit vielen Wochen klar.“

Trotzdem habe Frau Merkel die Ausweitung des Rettungsschirms immer vehement abgelehnt. Poß: „Unehrllicher geht es nicht. Um diese 180-Grad-Wende zu kaschieren, greift Frau Merkel zu billigen rhe-

torischen Tricks: Frau Merkel tut so, als sei es immer nur darum gegangen, das Ausleihvolumen des ESM nicht zu vergrößern.“

Die derzeit in Europa unter deutscher Regierungsbeteiligung diskutierten Optionen der Überlappung von ESM und EFSF bis hin zur Addition der Volumina beider „Töpfe“ bedeuten allerdings ebenfalls eine Ausweitung des Rettungsschirms und der deutschen Garantiesumme. „Egal, für welches Modell sich die europäischen Finanzminister am Ende dieser Woche mit deutscher Zustimmung entscheiden werden, wird der deutsche Haftungsrahmen steigen, was eine erneute Abstimmung im Deutschen Bundestag erforderlich machen wird“, sagte Poß.

Nach „den vielen Unwahrheiten und Kursschwankungen“ der Bundeskanzlerin in den letzten zwei Jahren in der Frage der Euroraum-Stabilisierung glaube Frau Merkel niemand mehr, wenn sie oder ihr Bundesfinanzminister jetzt beteuerten, die parallele Geltung von EFSF und ESM sei nur vorübergehend und auf eine kurze Frist begrenzt, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete. „Schon jetzt muss Deutschland für EFSF-Kredite bis zu 30 Jahre lang haften. Glaubt Frau Merkel wirklich, mit solchen rhetorischen Tricks und semantischen Umdeutungen die Öffentlichkeit und auch ihr eigenes politisches Lager über ihre 180-Grad-Wende hinwegtäuschen zu können?“

BS □

Politisches Buch:

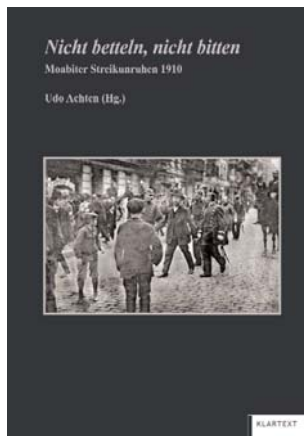
„Nicht betteln, nicht bitten“

Wie aus Moabiter Arbeiterprotesten ein angeblicher Umsturzversuch wurde

Ein kleiner Streik zeigt große Wirkung. Am 19. September 1910 treten in der großen Kohlenhandlung Kupfer & Co., unweit vom heutigen S-Bahnhof Beusselstraße, 141 Kohlenträger in den Streik. Sie fordern eine Erhöhung ihres Stundenlohnes von 43 auf 50 Pfennige.

Dies lehnt Geschäftsführer Buschmeyer rundweg ab. Hinter ihm steht als Eigentümer der Ruhrgebiets-Großindustrie Hugo Stinnes. Vermittlungsangebote des Berliner Vorsitzenden des Gewerbegerichts sowie des Oberbürgermeisters hat Buschmeyer abgelehnt und ordert in Hamburg gewerbsmäßige Streikbrecher. Und die müssen unter Polizeischutz Kohle ausfahren. Eine Provokation im Arbeiterkiez Moabit. Unmut richtet sich zunächst gegen die Streikbrecher, dann gegen die Polizei. Denn die Uniformierten gehen mit Brachialgewalt, mit gezogenem Säbel, gegen Streikende, Arbeiter und unbeteiligte Passanten vor. Mehrere Tage dauert der Konflikt, der zahllose Verletzte fordert und das Untersuchungsgefängnis füllt. Gerichtsverhandlungen legen das polizeiliche Fehlverhalten offen.

Udo Achten geht es in dieser Dokumentation nicht allein um den Arbeitskonflikt, sondern um dessen politische Instrumen-



Nicht betteln, nicht bitten - Moabiter Streikunruhen 1910, Udo Achten (Hrsg.), Klartext Verlag, Essen, 2011, Hardcover, 195 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 17,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0614-3

talisierung durch die Obrigkeit. Denn die versucht den Konflikt zu einem sozialdemokratischen Umsturzversuch zu stilisieren. Im Hintergrund stehen Bemühungen, das politische Strafrecht im Zusammenhang mit Arbeitskämpfen, die zehn Jahre zuvor gescheiterte Zuchthausvorlage, zu verschärfen. Die Ordnungsmacht nimmt zweierlei Maß: Bewaffnete Streikbrecher bleiben von Polizeibeamten unbehelligt, selbst wenn sie unter ihren Augen Arbeiter verprügeln, während verbale Unmutsäußerungen von Arbeitern und Passanten zu Verhaftungen führen. Selbst auf

der Polizeiwache werden Verhaftete misshandelt. Beeindruckend ist hier das Plädoyer des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine, der sich mit den Moabiter Streikunruhen intensiv auch als Anwalt befasst hatte, für das Koalitionsrecht.

Eine Verurteilung der Polizei als Ordnungsmacht ist das Buch dennoch nicht. Udo Achten hat zu den Moabiter Vorgängen Leitlinien „Polizei und Arbeitskampf“ des Dortmunder Schutzpolizeidirektors Alfred Dietel aus dem Jahre 1978 gestellt. Da heißt es einleitend: „Arbeitskämpfe sind kein Ausnahmezustand. Streik und Aussperrung sind die Stunde der organisierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber, nicht die Stunde der Polizei.“ Von dieser Erkenntnis war der damalige Berliner Polizeipräsident Traugott Achatz von Jagow sehr weit entfernt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Jagowstraße in Moabit geht auf den brandenburgischen Bischof Matthias Jagow (1480-1544) zurück.

Udo Achten's Dokumentation erinnert an einen weitgehend vergessenen Konflikt. Sieht man von einigen Doppelungen mal ab, ist das Buch lesenswert und ein beachtenswertes Zeugnis Berliner Geschichte.

Gunter Lange □

Biographie:

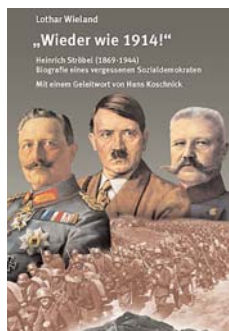
Mahner vor dem Zweiten Weltkrieg

Der vergessene Sozialdemokrat Heinrich Ströbel

„Biographie eines vergessenen Sozialdemokraten“, so lautet der Untertitel des Buches von Lothar Wieland über Heinrich Ströbel (1869-1944). Dass so wenig Erinnerungen an Ströbel blieben, ist nicht nur dem Tod in der Emigration geschuldet. Ströbel, der frühe Mahner vor dem 2. Weltkrieg, passte auch nicht in Bild der Mehrheitssozialdemokratie, die er zweimal verließ.

„Heinrich Ströbel“, so attestierte es ihm Kurt Tucholsky 1929, „ist einer der wenigen Führer der SPD, die niemals umgekippt sind; einer, der immer nur die Wahrheit gesagt hat, kein ‚Taktiker‘ und kein ‚Paktierer‘.“ Das Bild von Ströbel, das Lothar Wieland detail- und faktenreich auf weit über 300 Seiten ausbreitet, zeigt eine Persönlichkeit, die von den Erfahrungen des 1. Weltkriegs geprägt zum Mahner vor dem Krieg wurde.

Ströbel, 1889 noch während der Sozialistengesetze zur Sozialdemokratie gestoßen, war ab 1900 politischer Redakteur des Vorwärts und ab 1908 Mitglied des



Wieland, Lothar „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944) – Biografie eines vergessenen Sozialdemokraten, ISBN: 978-3-938275-49-8, Preis: 22.80 EUR

Preußischen Landtags. Er gehörte dem Reichstag an, war kurze Zeit für die USPD Ministerpräsident von Preußen und steuer- bzw. finanzpolitischer Sprecher.

Ströbel setzte auf eine grundlegend neue Friedensordnung, er forderte einen „rücksichtslosen Bruch mit der blutbesudelten Vergangenheit“. Ohne eine wirkliche Aussöhnung mit Polen und Frankreich, ohne ein friedensorientiertes, abgerüstetes Deutschland, sah er bereits frühzeitig einen Zweiten Weltkrieg heraufziehen. Ströbel warb für einen gerechten Interessen-

ausgleich, etwa in der Frage der Reparationszahlungen. Die SPD rief er zu einer konsequenten Oppositionspolitik auf.

Seine Warnungen erschienen in der „Weltbühne“ oder in „Das Andere Deutschland“. Das von ihm propagierte friedenspolitische Konzept war auch der Versuch, SPD, KPD und SAP zum gemeinsamen Handeln zu bringen. Aber eine entschlossene Gegenwehr gegen die von den alten Kriegstreibern aus Wirtschaft und Adel unterstützten Nationalsozialisten kam nicht zustande. Im Gegenteil, Ströbel verlor immer mehr an Wirkungskraft und publizistischem Einfluss. Desillusioniert emigrierte er 1931 in die Schweiz. Die persönliche Bedrohung hatte zugenommen, die Errichtung der faschistisch-deutschnationalen Diktatur schien ihm nur noch eine Frage der Zeit. Vergeblich warb Ströbel für ein System der kollektiven Sicherheit, eine weltweite Koalition der Länder gegen den Faschismus. 1944 starb er in Zürich. Lothar Wielands Verdienst ist es, auch Ströbels aktuelle Bedeutung aufzuzeigen. **uh** □

Zeitgeschichte:

Der Weg zu Freiheit und Demokratie

Siegfried Heimann über die „Mühen der Ebene“ im Nachkriegsberlin (Teil 8)

Der Kalte Krieg begann neue Formen anzunehmen. Willy Brandt und seine engsten Berater plädierten deshalb immer wieder dafür, außenpolitisch nicht nur zu reagieren bzw. mit der „Marschhilfe anderer“ zu rechnen, sondern selbst eigene Vorstellungen zu entwickeln. Neue Ideen waren vor allem gefragt, nachdem die DDR mit sowjetischer Rückendeckung am 13. August 1961 begonnen hatte, mitten durch Berlin und um Westberlin herum eine Mauer zu bauen. Nach einer kurzen Zeit weniger der Überraschung als der Ratlosigkeit wollte Brandt vor allem auf eine Frage eine Antwort finden: „Wie die Mauer durchlässig machen, wenn wir schon auf längere Zeit mit ihr zu leben hätten?“

Willy Brandt war ja schon lange vor dem Mauerbau klar gewesen, dass die täglich wachsende Zahl von Flüchtlingen die DDR zu Reaktionen veranlassen musste und dass Westberlin, wo die meisten Flüchtlinge ankamen, davon besonders betroffen sein müsste. Er konnte daher nicht wirklich überrascht sein von dem, was am 13. August 1961 in und um Berlin geschah, auch wenn der Zeitpunkt für die schon seit Längerem erwarteten Absperurmaßnahmen nicht vorauszusehen war. Auch mit einer gewissen Passivität der Westalliierten hatte Brandt gerechnet.

NEUE POLITISCHE SCHRITTE WURDEN NOTWENDIG

Als jedoch die Absperurmaßnahmen dann begannen und die Sektorengrenze tatsächlich zu einer „Staatsgrenze“ umgewandelt wurde, erregte es die Berliner dennoch sehr, dass die Schutzmächte in Westberlin zunächst überhaupt nicht reagierten. Sie traten weder an der Sektorengrenze sichtbar auf, noch protestierten sie energisch gegen die offenbare Verletzung des Viermächtestatus von Berlin.

Die politische Führung, aber auch die Bevölkerung Westberlins überhaupt, schien nach den ersten Tagen des Mauerbaus, der die Spaltung der Stadt endgültig zu zementieren schien, einerseits zu resignieren und andererseits bemerkenswert „einsichtig“ in die Ausweglosigkeit der Situation zu sein. Neue politische Schritte, wenn auch zunächst nur sehr kleine, waren notwendig, um die Resignation in Westberlin zu überwinden.

In Berlin war die SPD nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wieder - wie schon im Jahre 1948 - zur „Berlin-Partei“ geworden.



Berliner Stimme vom 16. September 1961.

Foto: Horb

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt war ein in der ganzen Welt angesehener Politiker. Widerspruch auch in der eigenen Partei war nur noch selten zu hören, schon gar nicht aus der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses.

Die in Berlin mitregierende CDU vermochte in der Landespolitik kaum noch Einfluss zu nehmen, und wenn sie es tat, dann mit verheerenden Folgen für sie als Partei. Im Januar 1963 scheiterte ein Treffen des Regierenden Bürgermeisters mit dem Ostberlin besuchenden sowjetischen Partei- und Regierungschef Chruschtschow am Einspruch der CDU. Sie drohte, die Koalition aufzukündigen. Der Koalitionspartner fühlte sich erpresst. Die SPD konnte zu Recht auf eine veränderte politische Landschaft nach den Wahlen im Februar 1963 in Berlin hoffen.

1963: ZÄSUR IN DER BERLINER NACHKRIEGSGESCHICHTE

Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Jahre 1963 war so in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur in der Berliner Nachkriegsgeschichte. Nach dem hoffnungsvollen Neuanfang im Jahre 1945, nach dem Überstehen der beiden großen Berlin-Krisen 1948/49 und 1958-1963 begann für Westberlin nun eine Zeit einer gewissen „Normalität“.

Noch einmal erreichte die SPD über 61 % der Stimmen. Sie konnte ihre absolute Mehrheit noch weiter ausbauen. Da sie aber weiterhin nicht allein regieren wollte, bot sie diesmal der wieder ins Abgeordnetenhaus eingezogenen FDP eine Koalition an. Die CDU erhielt für ihre Haltung die Quittung und musste in die Opposition.

Die SPD war von 1946 an die bestimmende politische Kraft gewesen. Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien waren

weit davon entfernt, stets einer Meinung zu sein, die beiden großen Parteien SPD und CDU hatten sich jedoch fast immer zu einer Koalition zusammengefunden. Es galt, angesichts der politischen Drohungen aus dem Osten und angesichts der wirtschaftlichen Probleme Westberlins zusammenzustehen. Nun aber, nach dem Überstehen der ersten Wirren nach dem Mauerbau, sahen die politischen Parteien nicht mehr den Zwang zu einer großen Koalition, um die Bedrohung von außen zu bestehen. Die Normalität von Regierung und Opposition begann.

DEN SCHOCK DES 13. AUGUST ÜBERWUNDEN

Westberlin war nach 1961 nicht zu einer „sterbenden“ Stadt geworden, wie die Sowjetunion und die DDR gehofft und der Berliner Senat, das Berliner Abgeordnetenhaus und auch viele Berliner befürchtet hatten. Senat und Abgeordnetenhaus konnten den Schock des 13. August überwinden. Sie konnten dem Pessimismus westdeutscher Politiker, Berlin sei „nicht zu halten“, ebenso erfolgreich entgegentreten wie zugleich auch der auf die Auszehrung Westberlins angelegten Politik der Sowjetunion und der DDR.

Berliner Senat und Berliner Abgeordnetenhaus entwarfen ein abgestuftes Programm, das mit massiver finanzieller Unterstützung des Bundes in die Tat umgesetzt werden konnte. Es reichte von einer großzügigen Wohnungsbau- und Verkehrsplanung über ein Bündel von Steuererleichterungen für Unternehmer und Arbeitnehmer als Anreiz zur Ansiedlung in der Stadt bis hin zu „Zitterprämien“ für junge Ehepaare. Die im August 1961 beschworene Gefahr des „Verdorrens“ der

weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Teilstadt bestand nicht mehr. Die Bevölkerungszahl war wegen des Zuzugs von Arbeitnehmern und Studenten aus der Bundesrepublik und durch die Steigerung der Geburtenrate stabil geblieben. Das Werben um Investitionen für die gewerbliche Wirtschaft war auf ein bemerkenswertes Echo gestoßen. Die Moral der Westberliner war, wie zahlreiche Umfragen zeigten, ungeboren.

Dennoch war Westberlin keine „Großstadt wie jede andere“. Der politische

„Funktionsverlust“ Westberlins als Folge des Mauerbaus war nicht zu übersehen. Senat und Abgeordnetenhaus wollten und mussten deshalb über die eng gewordenen Grenzen Westberlins hinausschauen.

Berlin sollte auch längerfristig überlebensfähig bleiben. Berlin als eine „Kulturmetropole“ und als eine europäische „Drehscheibe“ auch im Ost-West-Handel schien eine Lösung zu sein. Aufgrund der Statusprobleme der Stadt waren derartige Visionen aber nicht leicht zu verwirklichen. Berlin blieb geteilt, und keine noch so

einfallsreiche Berlin-Politik und keine noch so großzügige Bundeshilfe konnten die Teilung aufheben.

Eine Lösung des Berlin-Problems war langfristig nur möglich als Teil einer gesamtdeutschen Lösung. Die Berlinerinnen und Berliner mussten bis 1990 warten, bis dieser lang gehegte Traum in Erfüllung ging. □

Der Beitrag ist als Einleitung zu dem von Werner Breunig und Andreas Herbst verfassten „Biographischen Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946 - 1963“,

Weimarer Republik:

Eine Zeit organisierter Morde

„Organisation Consul“: Blutspur in der Anfangsphase der Republik

Im laufenden Jahr 2012 hat Deutschland nicht nur Anlass, sich mit den schrecklichen politischen Morden der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ an neun Mitbürgern türkischer Herkunft auseinander zu setzen, sondern anlässlich der 90. Wiederkehr der Ermordung des damaligen Reichsaußenministers Walther Rathenau am 26. 8. 1922 einer Reihe von Opfern politischer Morde in der Anfangsphase der Weimarer Republik zu gedenken.

Rathenau war nicht das einzige, aber das prominenteste Opfer der als Holzhandlungsgesellschaft getarnten politischen Mordorganisation „Organisation Consul“. Sie wurde geleitet von einem der wichtigsten Protagonisten des Kapp-Putsches, dem Kapitänleutnant Ehrhardt, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, der jungen Republik und ihren wichtigsten Repräsentanten den Garaus zu machen.

Walther Rathenau wurde nicht zuletzt ermordet wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum und seinem Einsatz für Demokratie und liberale Freiheitsrechte. Rechts-extreme Todfeinde der Republik aus dem Umfeld der Freikorps, die Anfang 1919 in Berlin den Spartakusaufstand niederschlugen und der Organisation Consul hinterließen von 1919 bis 1922 eine Blutspur unter den leidenschaftlichsten Vorkämpfer/Innen von Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit im republikanischen Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg:

15. Januar 1919: Ermordung der Führer der neu gegründeten KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Angehörige eines rechtsextremen Freikorps

21. Februar 1919: Ermordung des langjährigen Chefredakteurs des Vorwärts, Anführer der November-Revolution in Bayern und ersten Ministerpräsidenten des „Freistaats“ (=Republik) Bayern, Kurt Eisner auf dem Weg zur Demission durch den rechtsextremen Grafen Arco-Valley



Vorwärts-Schlagzeile 1922: Rathenau ermordet

17. November 1919: Ermordung von Hugo Haase, Nachfolger von August Bebel als SPD-Vorsitzender, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion bei Ausbruch des 1. Weltkriegs, als der er in Ausführung des Willens der Fraktionsmehrheit, gegen seine eigene Überzeugung mit den berühmten Worten „In der Stunde der Not lassen wir das Vaterland nicht im Stich“ die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete, des Mitbegründers der USPD, des Stellvertreters von Friedrich Ebert in der Revolutionsregierung der Volksbeauftragten vom November 1918 und späteren Vorsitzenden der USPD durch einen Rechts-extremen,

16. August 1921: Ermordung des dem Zentrum, der Vorgängerpartei der CDU angehörenden damaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger durch einen Angehörigen der „Organisation Consul“.

14. Juni 1922: Ermordung von Walther Rathenau während der Fahrt zu seinem Dienstsitz in der Königsallee in Zehlendorf durch mehrere Angehörige der „Organisation Consul“, unter denen Ernst von Salomon am bekanntesten geworden ist.

Während das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und auch an Walther Rathenau noch zum Traditionsbestand geschichtsbewusster Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört (Hugo Haase und Kurt Eisner fallen da schon eher dem Vergessen anheim) erinnern sich

nur noch wenige und dann mit gemischten Gefühlen an die historische Rolle von Matthias Erzberger, der in der Tat eine ebenso herausragende wie umstrittene politische Gestalt der Geschichte der Endphase des Bismarck-Reiches und der Anfangsphase der Weimarer Republik war: Annexionspolitiker und Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff bis 1917, dann entschlossener Verfechter eines Verständigungsfriedens und als Mitbegründer der Reichstagsmehrheit von 1917 einer der entscheidenden Vorbereiter der Weimarer Republik und der sie bis 1920 regierenden „Weimarer Koalition“ aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei, die sowohl für die Verabschiedung der Weimarer Verfassung als auch für die Unterzeichnung, Ratifizierung und „Erfüllung“ des Versailler Vertrags verantwortlich zeichnete und für die mit dem Friedensvertrag verbundenen Belastungen jenen politischen Preis bezahlte, den die Verantwortlichen des Kaiserreichs und seiner Armeeführung mit der „Dolchstoß-Legende“ auf sie abzuwälzen verstanden hatte.

Im Kapp-Putsch sammelten sich die rechten Republikfeinde. Der Putsch scheiterte am Generalstreik der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer/Innen und der gesetzestreuen Beamtschaft, aber seine Urheber hatten Erfolg mit der beabsichtigten grundlegenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse: Während die Weimarer Koalition bis 1920 über eine Dreiviertelmehrheit im Reichstag verfügte, konnte sich ab 1920 keine Reichsregierung mehr auf eine Mehrheit von Parteien stützen, die eindeutig auf dem Boden der Republik standen. Das Ende ist bekannt. Die auf Rechtsstaat, Grundrechte, parlamentarische Regierungsverantwortung und Sozialstaat gegründete „Republik ohne Republikaner“ wurde durch ein Regime der extremsten Rechten, der NSDAP beseitigt.

Karl-Heinz Niedermeyer □

Diskussion:

Wieviel Kultur verträgt der Bezirkshaushalt?

Kulturforum Stadt Berlin diskutiert Kosten-Leistungs-Rechnung

Die Berliner Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) ist ein haushaltspolitisches Instrument, das eingeführt wurde, um über einheitliche Kosten- und Leistungsvergleiche eine verbesserte Wirtschaftlichkeit in den Bezirken zu erreichen. Daran geknüpft ist die Finanzzuweisung an die Bezirke und damit auch an die kommunale Kultur. Fehlsteuerungen, Schulden oder Probleme in der Handhabung haben in den letzten Jahren im Ergebnis zu Kulturabbau in verschiedenen Bezirken geführt.

Deshalb will das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie eine Arbeitsgrup-

pe zur Kosten-Leistungs-Rechnung einrichten. Kultur- und Haushaltspolitiker auf Bezirks- und Landesebene und Mitglieder des Kulturforums können sich über eine kulturverträglichere Handhabung der KLR austauschen, bisherige Erfahrungen und Lösungsansätze diskutieren und daraus Vorschläge zu einer Reform dieses Instruments in Berlin entwickeln.

Anlässlich des 59. Jour Fixe lädt das Kulturforum darum herzlich ein zum Gesprächsforum zur Kosten-Leistungs-Rechnung am Mittwoch, 4. April 2012 um 19.30 Uhr in die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus.

Als Gesprächspartner wurden der

langjährige Pankower SPD-Fraktionschef und haushaltspolitische Sprecher der BVV-Fraktion, Klaus Mindrup, gewonnen, der über die Wirkungsweise der KLR am Beispiel des bezirklichen Kulturbudgets und Lösungswege informiert, sowie Chris Berghäuser, Sprecher der LAG der Berliner Musikschulen und Leiter der Musikschule Bela Bartok, der Auswirkungen der KLR in seinem Bereich, den Umgang mit ihr und Lösungsmöglichkeiten vorstellt. **PM** □

➡ Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie: Gesprächsforum zur Kosten-Leistungs-Rechnung am Mittwoch, 4. April 2012 um 19.30 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus (EG rechts).

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMINE

- 02.04.2012, 18:00 - 20:00, **August-Bebel-Institut, Mittenmang - Bürgerschaftliches Engagement – Zuwanderung – Alter - Ausstellungenseröffnung**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Immer mehr Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben, machen sich um Demokratie und Gemeinwohl verdient – an vielen Orten, in ganz verschiedenen Bereichen, aus unterschiedlichen Perspektiven. Menschen, die in der öffentlichen Wahrnehmung kaum auftauchen, nehmen die Dinge selbst in die Hand und leisten einen wichtigen und sehr konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität, zum sozialen Zusammenhalt und zur Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern. Der Grimme-Preisträger Justus Boehncke und der in Berlin lebende Fotograf Luca Vecoli haben in 20 Portraits das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte festgehalten, die als Ausstellung und Buch präsentiert werden. Begrüßung: Ingo Siebert, Geschäftsführer des August Bebel Instituts; Bettina Luise Rürup, Leiterin des Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Grußwort: Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin
- 03.04.2012, 15:00 - 18:00 **Sprechstunde der Bundestagsabgeordneten Dr. Eva Högl** - Mitte, SPD Wahlkreisbüro, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Bitte anmelden unter 4692 125
- 03.04.2012, 19:30 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, **Abteilungs koordinierung** im Restaurant „Kastanie“, Ferdinandstraße 15, 12209 Lichterfelde-Ost
- 04.04.2012, 10:00 - 17:00, August-Bebel-Institut, **Engagement und Politik im Alter - Ein Workshop für Senior/innen**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Alter muss nicht Zur-Ruhe-Setzen bedeuten - zumindest nicht politisch. Viele Senior/innen möchten gerne mitmischen bei politischen Entscheidungen in ihrem unmittelbaren Umfeld, ihrem Kiez und Bezirk. Der Workshop bietet Raum, um sich über solche Bedürfnisse auszutauschen und gibt Tipps für die ersten Schritte in der Bezirkspolitik. Unter anderem werden Strategien zum Umgang mit Politiker/innen und Behörden erarbeitet und die Seniorenvertretungen der Berliner Bezirke beleuchtet: Welche Aufgaben haben sie? Welche Möglichkeiten bieten sie älteren Bürger/innen, die an Mitwirkung interessiert sind? Leitung: Dr. Klaus Sommer, Politologe, Beitrag 5 € inkl. Verpflegung u. Material, Anmeldung erbeten [S38] August-Bebel-Institut, Tel. 4692 121.
- 04.04.2012, 19:30, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Gesprächsforum zur Kosten-Leistungs-Rechnung**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163,

13353 Berlin (siehe Seite 15)

- 09.04.2012, 14:00 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, Ostermontag, **„Osterspaziergang über das Gelände des ehemaligen US-Truppenübungsplatzes Parks Range in Lichterfelde-Süd“** - Zeitgeschichtliche Führung mit Gerhard Niebergall vom Aktionsbündnis für einen Landschaftspark in Lichterfelde-Süd. Treffpunkt ist der Grundstückseingang zur Reitgemeinschaft Holderhof, Réaumurstraße 17-19, 12207 Berlin. Anmeldungen bitte bei Gerhard Niebergall, E-Mail: gerhard_niebergall@web.de bzw. Telefon 03075479155 (AB).
- 14.04.2012, 10:00 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, **„Im Gespräch mit den Menschen“** - Informationsstand am Kranoldmarkt in 12209 Lichterfelde-Ost
- 17.04.2012, 19:30 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, **„Konstruktiv und nah an den Menschen - die SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf“** - Mitgliederversammlung mit Norbert Buchta, Vorsitzender der SPD-Fraktion, im „Reinhold-Voht-Haus - Soziale Dienste“, Osdorfer Straße 121, 12207 Lichterfelde-Süd
- 18.04.2012, 18:30 - 20:30, Ole Kreins, MdA / **Fachausschuss Mobilität**, Bundesverkehrswegeplan, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 18.04.2012, 17:00 **Bürgersprechstunde mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz**, SPD Kreisbüro Lichtenberg, Rathausstraße 7, 10367 Berlin. Bitte anmelden per E-Mail info@spd-lichtenberg.de bzw. per Telefon 030/9760 6730
- 21.04.2012, 10:00 Uhr: SPD Steglitz-Zehlendorf - Abteilung Lichterfelde Ost und Süd, **„Wir im Lichterfelder Süden“ - Informationsstand** vor McDonald's am S-Bahnhof Osdorfer Straße in 12207 Lichterfelde-Süd
- 24.04.2012, 19:30 **Thierse trifft ... Aydan Özoguz**, Hamburger Mitglied des Deutschen Bundestages, frisch gewählte stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Mitglied des Kuratoriums der Muslimischen Akademie in Deutschland, Kulturbrauerei - Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin
- 24.04.2012, 18:00, August-Bebel-Institut, **Von wegen Parallelgesellschaft - Ältere Zuwanderer und bürgerschaftliches Engagement** Anmeldungen unter 4692 121 oder per Mail kontakt@august-bebel-institut.de
- mehr Termine unter www.spd-berlin.de/termine

BS-Extra zur Daseinsorge

Ein BS-Extra mit Artikeln zur Daseinsorge aus den Jahrgängen 2009 bis 2012 steht jetzt kostenlos zum Download bereit: www.berliner-stimme.de

K REISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD:

- **Mitte**, Clarissa de Sielvie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Montag 12 - 16 Uhr, Mittwoch 11 - 15 Uhr, Donnerstag 11 - 14:30 Uhr, E-Mail: mitte@spd-berlin.de
- **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Elisa Rabe, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Di und Do, 9 - 14 Uhr, Mo 12.30 - 17.30 Uhr, Fr 9 - 15 Uhr, Mail: Yasemin.Guerbuez@spd.de,
- **Pankow**, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Montag 15-18 Uhr, Mittwoch & Donnerstag 10-13 & 15-18 Uhr, E-Mail: pankow@spd-berlin.de
- **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Mi 15 - 17 Uhr, Do und Fr 10 - 12 Uhr, E-Mail: Isabel.Herrmann@spd.de
- **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12 - 18 Uhr, Do 10 - 15 Uhr. Freitag 12 - 16 Uhr, E-Mail: Kreis.Spandau@spd.de
- **Steglitz-Zehlendorf**, Katharina Berten, Wiebke Neumann, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 98 56, Mo, Mi u. Do 10-14 Uhr, Fr. 14-18 Uhr, E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de
- **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinzeberg, Feurigstraße 4, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, Mo 10-13 Uhr, Do 11-14 Uhr, Fr 15-18 Uhr, E-Mail: Lena.Heinze@spd.de
- **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14-18 Uhr, E-Mail: Yvonne.Opprower@spd.de
- **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Dienstag 14 - 18 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr, Donnerstag 10-12 Uhr und 13.00 - 15.00 Uhr, Freitag 10-12 Uhr, E-Mail: treptow-koepenick@spd-berlin.de
- **Marzahn-Hellersdorf**, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Montag 14.00 - 18.00, Dienstag 10-16 Uhr, Donnerstag 14-18 Uhr, Freitag 13 - 15 Uhr, E-Mail: Info@spd-marzahn-hellersdorf.de
- **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Montag 15 -18 Uhr, Donnerstag 10-14.30 Uhr, E-Mail: Andreas.Buechner@spd.de,
- **Reinickendorf**, Petra Wolf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 411 70 36, Fax: 414 67 27, Montag, Dienstag & Freitag 14-18 Uhr, E-Mail: kreis.reinickendorf@spd.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Zwischen Politik und Malerei

Arbeiten von drei sozialdemokratischen Künstlern

Sie haben Landschaften und Stadlandschaften auf Leinwand und Papier gebracht. Arbeiten, die vom 26. April an in einer Ausstellung zu sehen sind. Aber nicht immer hatten die drei Künstler, deren Bilder vom 26. April an in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zu sehen sind, ausreichend Zeit, der Malerei nachzugehen.

Michael Barthel, Otto Edel und der im vergangenen Jahr verstorbene Bernd Mehlitz, die drei Künstler, deren Arbeiten nun gemeinsam bis 17. Mai zu sehen sind, haben sich immer auch politisch engagiert. Michael Barthel studierte an der Hochschule der Künste Berlin und wurde 1968 zum Meisterschüler ernannt. Von 1975 bis 1989 war er Bezirksstadtrat in Schöneberg, danach bis 1992 Bezirksbürgermeister. Otto Edel, ebenfalls als Stadtrat in Schöneberg tätig, lebt und arbeitet heute in Altlands-



Michael Barthel in seinem Atelier. Foto: Horb

berg. Bernd Mehlitz hat Berlins Kulturszene lange Jahre durch seine Arbeit in der Senatskulturverwaltung begleitet. **BS** □

➔ Eröffnung ist am 26. April um 18 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin.

„Das ist mein ganzes Leben“

Charlotte Salomon - malend, schreibend, mit einer Melodie im Ohr

Mit 21 Jahren bestieg Charlotte Salomon in Berlin den Zug, der sie ins französische Exil brachte, weg von der Charlottenburger Wielandstraße 15, wo sie in gutbürgerlich-künstlerischer jüdischer Umgebung aufwuchs.

In ihrem Schlupfwinkel an der Cote d'Azur greift die ehemalige Kunstschülerin zum Pinsel und füllt mit atemberaubender Verve Blatt für Blatt: Malend, schreibend und immer mit einer Melodie im Ohr, erforscht sie das Territorium ihrer Kindheit und Jugend und verwandelt die Erinnerungsströme in ein kleinteilig verschachteltes, serielles Gewebe von Farben, Linien und Flächen, von gemalten Schriftzügen und polyphonen Stimmen.

In weniger als zwei Jahren entstehen 1325 Gouachen und mit kalligraphischen

Wortfolgen bemalte Transparentblätter. Rund 800 Blätter wählt sie aus und ordnet sie in nummerierter Folge zu einem Konvolut unter dem Titel „LEBEN? Oder THEATER? Ein Singspiel“. Mit den Worten „c'est toute ma vie“ - „das ist mein ganzes Leben“ - übergibt sie das Werk einem befreundeten Arzt zur Aufbewahrung. Kurz darauf wird sie verhaftet und Ende September 1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie vermutlich noch am Tag der Ankunft ermordet wurde. Das Künstlerkollektiv ARTCORE erzählt Charlotte Salomons Geschichte in einer Collage aus Texten, Bildern und Musik.

➔ Am 24. April 2012 um 19 Uhr in der Botschaft des Westens, Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund Hiroshimastraße 12, 10785 Berlin-Tiergarten Eintritt 10 Euro / 5 Euro

KULTURTIPPS

Baumeister der Revolution. Sowjetische Kunst und Architektur zeigen Fotografien von Richard Pare in einer Ausstellung im Martin-Gropius-Bau, die vom 5. April bis 9. Juli 2012 dauert. Die Ausstellung beschreibt sowjetische Avantgarde-Architektur, wie sie in einer kurzen Periode zwischen 1922 und 1935 entstehen konnte, bevor die wenigen Freiheiten der Architekten zugunsten einer monumentalen, oft am Klassizismus orientierten Baukunst radikal beschnitten wurden. Architekten wie Konstantin Melnikow, Moisej Ginsburg und die Wesnin-Brüder erarbeiteten Entwürfe, deren innovativer Stil die Energie und den Optimismus der Zeit nach der Revolution von 1917 verkörperte.

Die Schau zeigt Fotografien der konstruktivistischen Avantgarde-Architektur von Richard Pare und ergänzt sie mit Werken von u. a. El Lissitzky, Alexander Rodtschenko und Wladimir Tatlin sowie mit Fotografien aus den 1920er und 1930er Jahren. **PM** □

➔ Ausstellung 5. April bis 9. Juli 2012, Mittwoch bis Montag 10 - 19 Uhr, Di geschlossen. Di nach Ostern (10.4.) und Di nach Pfingsten (29.5.) geöffnet. Eintritt: 10 € / ermäßigt 7 €, bis 16 Jahre Eintritt frei.

Gesichter Afghanistans. 1953 fuhr die Fotografin Yvonne von Schweinitz mit dem Auto sieben Monate durch die Türkei, Syrien, Jordanien, Israel, Irak und Iran bis nach Afghanistan und Pakistan. Noch bis 27. Mai 2012 präsentiert der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. rund 120 Fotografien dieser Reise in der Ausstellung „Gesichter Afghanistans“. Die Fotografien gelten ethnologisch als Raritäten und zeigen selten wahrgenommene Seiten des Landes. **BS** □

➔ Yvonne von Schweinitz „Gesichter Afghanistans“, Erfahrung einer alten Welt, 30.03. bis 27.05.2012, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr; Eintritt frei, Personalausweis erforderlich.